

No. 468 19. März 2008

- 1. Menschenrechte: Was verschweigt der Gouverneur von Antioquia?**
- 2. Soziale Bewegungen: 6. März – weniger eine Massenmobilisierung als vielmehr eine Mobilisierung der Symbole**
- 3. Frieden und Konflikt: Verabschiedet sich der ELN von den Gesprächen mit Präsident Uribe?**

Leitungsequipe:

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

Direktion:

Johanna Cárdenas Beltrán

Redaktion:

Mauricio García Durán S.J.; Camilo Tamayo; Johanna Beltrán, Nelson Martín

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

1. Menschenrechte: Was verschweigt der Gouverneur von Antioquia?

Es ist besorgniserregend für das Departement Antioquia und das gesamte Land, dass der Gouverneur von Antioquia, Luis Alfredo Ramos, sich zum Thema der Parapolitik absolut ausschweigt. Seine Verweigerung gegenüber diesem Thema brachte er bereits bei seiner Wahlkampagne von 2007 zum Ausdruck. Auch jetzt im Amt bewahrt er völliges Schweigen.

Von Juan Diego Restrepo E., Presseagentur des IPC

Jeder gewählte Repräsentant ist durch die Wahl und das dadurch ausgedrückte Vertrauen, aber auch in seiner Funktion als öffentlicher Vertreter und Administrator öffentlicher Mittel verpflichtet, sich zu Anklagen gegen seine Person zu äussern. Dies kann auf zwei Arten geschehen: Als Stellungnahme gegenüber der Öffentlichkeit, welche ihn gewählt hat und der der Gewählte Rechenschaft schuldig ist, oder gegenüber von Gerichten.

Das Schweigen des Gouverneurs von Antioquia fällt mit dem Ausbleiben von Resultaten in Bezug auf die Untersuchungen über die Verbindungen einiger Politiker des Dep. Antioquias mit den Paramilitärs zusammen. Bis jetzt sind keine wichtigen Beweise aufgetaucht, um diese anzuklagen. In einer Grauzone verlieren sich alle Hinweise und Beweise.

Im Dep. Antioquia gibt es keine rechtliche Klarheit, wie z.B. an der Atlantikküste und in jenen Regionen, aus denen die 22 inhaftierten Kongressabgeordneten kommen. Aber es ist klar, dass ohne wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung, Blindheit der Regierung und einer breiten sozialen und rechtlichen Straflosigkeit der Paramilitarismus nie das Ausmass hätte annehmen können, wel-

ches er im Dep. Antioquia und im ganzen Land hatte. Die Journalistin Claudia López zeigte dies in ihrer Recherche „Der Weg der paramilitärischen Expansion und die politische Wandlung in Antioquia“ deutlich auf. In dieser Recherche wird eine Analyse des Wandels der politischen Tendenzen und der Protagonisten bei den Bürgermeister-, den Gouverneurs- und den Kongresswahlen zwischen 1997 und 2006 im Dep. Antioquia gemacht.

Der Gouverneur müsste zur Aufklärung der Wahrheit beitragen, in dem er seine Haltung zu den paramilitärischen Aktionen der letzten zehn Jahre in Antioquia erklärt. Er könnte mit der Erklärung beginnen, warum er die Direktorin des regionalen Fernsehsenders Teleantioquia, Luz Maria Montoya, entlassen hat. Montoya hatte den Gouverneur Ramos in einer Fernsehdebatte vom 28. September 2007 über die Resultate bezüglich der Recherche von Claudia López und die neue politische Landkarte von Antioquia befragt.

Ramos müsste seine enormen Stimmenanteile bei den Senatswahlen im Jahr 2002 – er erreichte landesweit die höchste Zahl an Wählerstimmen – und bei den Gouverneurswahlen von 2007 erklären. Er wurde mit der höchsten je registrierten Anzahl Wählerstimmen zum Gouverneur von Antioquia gewählt. Er müsste erklären, ob dies das Resultat bewaffneter Einschüchterung durch die Paramilitärs oder seiner Mitte der 70er Jahre begonnenen politischen Karriere ist.

Es wäre nützlich, wenn Ramos als Gouverneur von Antioquia erklären würde, wie er mit seiner Bewegung Alas-Equipo Colombia die konservativen Strömungen und die Unternehmer des Nordens, Südwestens und Ostens des Departements für sich gewinnen konnte. Ebenso gilt es zu erklären, wie er das politische Kapital in Urabá für sich vereinnahmen konnte, „einer Region, in der die Konservativen nicht über den einen oder anderen Gemeindeabgeordneten hinaus kamen“, wie Claudia López in ihrer Studie sagt.

Mit der Transparenz, welche von jedem Staatsvertreter gefordert wird, müsste Ramos der Öffentlichkeit erklären, welche Art von Allianz er mit dem Kongressabgeordneten Alvaro Araújo Castro hatte, einem der ersten Politiker, welcher im Rahmen des Parapolitiker-Prozesses inhaftiert wurde. Ebenso müsste er seine Verpflichtungen erläutern, welche er gegenüber dem grossen Wähler des Ortes Bello, Oscar Suárez, eingegangen war. Auch Suárez gehört der politischen Bewegung Alas Equipo Colombia an und es läuft eine strafrechtliche Untersuchung gegen ihn.

Gouverneur Ramos müsste die vermeintliche Schaffung von vier Wahlbezirken bei den Wahlen von 2002 erklären, welche ihn klar begünstigte, wie auch die Kongressabgeordneten Guillermo Gaviria, Carlos Arturo Clavijo und Rubén Darío Quintero.

Gouverneur Ramos und seine Berater könnten auch vertieft die Gerichtsakten und insbesondere die Befragung vom 28. Oktober 2005 des paramilitärischen Führers Diego Fernando Murillo Restrepo, alias Don Berna, studieren. Don Berna war der Generalinspektor der Paramilitärischen Verbände AUC und kommandierte die Blöcke Cacique Nutibara, Héroes de Granada und Héroes de Tolová, welche im Valle de Aburrá und im Nordosten und Osten des Departements operierten. Darin heisst es u.a.: „In einer Sitzung, die wir mit dem Kommandanten Castaño hatten, baten sie ihn darum, die Paramilitärs nach Medellín zu bringen, da die Guerilla sich praktisch der Stadt bemächtigt hatte und es notwendig war, dem Terrorismus, der Entführung und anderen Aktivitäten der Organisationen wie der FARC, dem ELN oder anderen Milizen gegenüber zu treten. So gab Kommandant Castaño den Befehl, Personen nach Medellín zu schicken.“

Gouverneur Ramos müsste vom paramilitärischen Führer Don Berna Klarheit in seinen Aussagen gegenüber den Richtern der Einheit Gerechtigkeit und Frieden verlangen. Er müsste von Don Berna genaue Aussagen zu den industriellen und wirtschaftlichen Kreisen verlangen, welche an der Sitzung mit Castaño teilgenommen hatten und über die finanzielle Unterstützung, welche sie den Paramilitärs zukommen liessen. Es ist wahrscheinlich, dass dies ein grösseres Gewicht als bloss ein paar Stimmen mehr hatte. Die wirtschaftlichen Interessen in Antioquia sind gewichtiger als die politischen Ambitionen eines Regionalpolitiker.

Es ist wichtig für Kolumbien, dass Gouverneur Ramos mit aller Klarheit aufzeigen kann, dass der Prozess der Paramilitarisierung von Antioquia keine Auswirkungen auf die politische Klasse – wie es Claudia López in ihrer Studie aufzeigt – noch auf andere einflussreiche soziale und wirtschaftliche Kreise hatte. Zudem müsste sich Ramos auch zur Verurteilung der multinationalen Bananenfirma Chiquita Brands in den USA äussern. Chiquita war zu einer Strafe von 25 Mio. US\$ wegen der Unterstützung der AUC zwischen 1997 und 2002 verurteilt worden. Weiter müsste sich Ramos zu den Untersuchungen gegen die Direktoren von Uniban, Proban und Sunisa-Del Monte wegen ihrer vermeintlichen Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen in Urabá äussern.

Gouverneur Ramos und seine Berater haben zudem allen Grund, etwas zu den Verbindungen zwischen Armee und Paramilitarismus in Antioquia zu sagen. Sie müssten ihre Haltung in Bezug auf die Beteiligung der Armee und der Polizei bei dem ambitionierten paramilitärischen Projekt klären und Stellung zu den wichtigen Urteilen des Interamerikanischen Gerichtshofes nehmen, in denen Kolumbien zu hohen Reparationszahlungen an Opfer verurteilt wurde. In diesen Massakern, welche im Gebiet des Dep. Antioquia verübt wurden, konnte die Mitbeteiligung der staatlichen Sicherheitskräfte nachgewiesen werden.

Gouverneur Ramos hat also genügend Themen, um zu erklären, was er über diese „Art von territorialem Schlüssel“, wie es Claudia López bezeichnet, wusste, welcher vom „militärischen, territorialen und politischen Sieg“ der paramilitärischen Gruppen ausging. Dieser synchronisierte Mechanismus hatte eine weit grössere Dimension als das Image des Regionalpolitikers Ramos. Und es scheint, dass Ramos den Entscheidungen dieses Mechanismus unterworfen war. Da Luis Alfredo Ramos nicht spricht, drängt sich die Frage auf: „Was verschweigt er?“

2. Soziale Bewegungen: 6. März – weniger eine Massenmobilisierung als vielmehr eine Mobilisierung der Symbole

Im Februar und März dieses Jahres gab es zwei grosse soziale Mobilisierungen. Die erste am 4. Februar gegen die FARC; die zweite am 6. März als Hommage an die Opfer der Gewalt in Kolumbien. Die beiden sozialen Mobilisierungen unterschieden sich in vielen Aspekten.

Von Fernando Saramiento, Forscher am CINEP

Es ist interessant die Spannungen in Bezug auf den Diskurs bezüglich der beiden Mobilisierungen zu betrachten. Für den 4. Februar waren die Slogans klar und direkt gegen die FARC gerichtet. Diese Slogans wurden von den Medien und den Regierungsfunktionären verteidigt, unterstützt und verbreitet. Als einige Abweichungen entstanden, reagierten die Medien und die Regierung und verurteilten jeden Versuch der „Sabotage“. Demgegenüber sahen sich die Promotoren der Mobilisierung des 6. März dazu aufgerufen, während des Prozesses einen offeneren Diskurs zu führen und Vorschläge zu entwickeln, um so die Stimmen rund um die Solidarität mit den Opfern und in Ablehnung jeder Form von Gewalt zu vereinen. Ursprünglich war der Aufruf als Hommage an die Opfer des Paramilitarismus und von Staatsverbrechen geplant, da die Mobilisierung im Rahmen des 4. Nationalen Treffens der Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen, welches vom 6.-8. März 08 in Bogotá stattfand, geplant war. Aufgrund des Kontextes unterstützten andere Kreise den Aufruf und vergrösserten damit die Beteiligung, weiteten aber auch den Inhalt der Kundgebung auf alle Opfer der Gewalt aus, ohne Unterscheidung bewaffneter Gruppen oder politischer Kreise.

Die sozialen, politischen und kulturellen Nuancen zwischen den Diskursen der beiden Mobilisierungen würden jede Analyse sprengen. Trotzdem muss auf die unselige und tödliche Spannung oder Polarisierung hingewiesen werden, welche im Land zwischen den politischen Kreisen der extremen Rechten und der Linken besteht. Diese Spannung hat auf internationaler Ebene ihre Entsprechung im Krieg gegen den Terrorismus. Die interne Spannung in Kombination mit der internationalen Spannung des Krieges gegen den Terrorismus scheint eine neue Version des Kalten Krieges zu sein.

Ein Kontrast bestand in der Zusammensetzung der Mobilisierungen. Obwohl beide Kundgebungen eine hohe Beteiligung hatten, liegt der Unterschied darin, *wer* daran teilnahm und *wie* daran teilgenommen wurde. Allgemein war die Mobilisierung vom 4. Februar eine Massenkundgebung von BürgerInnen, motiviert aufgrund der Müdigkeit gegenüber der Gewalt und den Abscheulichkeiten der FARC. Die Kundgebung vom 6. März war eine Kundgebung der sozialen Bewegung, diszipliniert und organisiert. Zweifellos war die Kundgebung vom 4. Februar äusserst massiv, sowohl in Kolumbien wie auch im Ausland. Meiner Einschätzung nach war sie noch umfassender, wie jene des NO MÁS im Oktober 1998. Wer am 4. Februar auf die Strasse ging, machte dies spontan; man kaufte sich ein weisses T-Shirt, ging auf die Strasse und schrie mit mehr oder weniger Inbrunst die Slogans „gegen die Terroristen der FARC“. Ohne die soziologischen Dimensionen dieses Ausdrucks zu schmälern, war die Kundgebung vom 6. März auf einem ganz anderen Niveau. Diese Kundgebung wurde genau vorbereitet, nicht nur durch jene, die dazu aufgerufen hatten – was bei beiden Anlässen der Fall war – sondern durch die Teilnehmenden selber und deren Organisationen (Indigene, Bauern, Schwarze, Frauen, Jugendliche, Gewerkschafter, Universitätsangestellte, NGO, Künstler, etc.). Diese Vorbereitung wurde am Niveau der zahlreichen symbolischen Bilder deutlich, welche in den Strassen und Plätzen präsentiert wurden.

Aus dieser Optik betrachtet, war die Kundgebung vom 4. Februar homogener, sowohl im Diskurs wie auch im optischen Aspekt. Nein zur FARC – und eine weisse Masse bedeckte die Strassen. Die Kundgebung vom 6. März war heterogener; sie vereinte die verschiedenen Ausdrücke der Ablehnung von Gewalt, sowohl jener der Paramilitärs und des Staates, wie jener der Guerilla, hier insbesondere die Ablehnung der Entführung. Vom Visuellen her war der 6. März bunt, ein Blick auf die Fotos genügt in beiden Fällen um diesen unterschiedlichen Ausdruck festzustellen.

Ein weiterer Kontrast ist im politischen Inhalt auf nationaler und internationaler Ebene feststellbar. Es gibt keinen Zweifel über die politische Wirkung beider Kundgebungen. Jene vom 4. Februar war eine klar Botschaft an die FARC über den Grad der Illegitimität, in der sie sich befindet. In diesem Sinne war die Nationalregierung mit ihrer Kampagne erfolgreich. Die Teilnehmenden haben zudem der Regierungspolitik von Uribe ihre Unterstützung signalisiert. Die kreolische Version des Kampfes gegen den Terrorismus wurde in dieser Kundgebung bestätigt und die FARC befinden sich zweifellos im Blickfeld der internationalen Diplomatie. Demgegenüber zeigte die Kundgebung vom 6. März auf, wie stark die verschiedenen sozialen Kreise des Landes von der Gewalt betroffen sind. Es gibt keinen Sektor, der sich vor den Abscheulichkeiten des Krieges retten konnte. Damit zeigten die Kundgebungen vom 6. März die Dimension des Problems auf und drückten gleichzeitig die Ablehnung jeder Form von Gewalt und damit auch der Kriegspolitik der Regierung aus. Auf internationaler Ebene wurde damit eine Realität bekräftigt und sichtbar gemacht, welche die Regierung ständig verschleiert. In diesem Sinn war die Botschaft die Forderung nach einer grösseren internationalen Präsenz bei der Mediation im kolumbianischen Konflikt, wobei die Regierung ein Akteur ist, wie auch die Guerilla und die Paramilitärs, welche den Krieg fördern.

Die Kundgebungen vom 6. März waren vor allem eine Mobilisierung von Symbolen. In diesem Sinne war die Teilnahme an den Kundgebungen eine neue Ausdrucksform: es ging darum zu lesen und gelesen zu werden; sich auszudrücken und wahrgenommen, gespürt und „begriffen“ zu werden.

Ein symbolischer Wert, den es hervorzuheben gilt, war der pluralistische Charakter wie auch die eingebrachten Vorschläge an den Kundgebungen des 6. März. Es war ein Versuch, die soziale und politische Polarisierung des Landes zu überwinden. Eine Polarisierung, welche nicht zu gewaltfreien Alternativen zum bewaffneten Konflikt und zur Gewalt führt. Selbst inmitten der aufgewühlten Gemüter und des sozialen und politischen Klimas aufgrund der Spannungen mit den Nachbarländern, welche in diesen Tagen spürbar waren, war es ein Aufruf der Abscheu gegenüber jeder Gewalt und zur Solidarität mit den Opfern. Es war auch ein Akt der Bündelung von Anstrengungen der Gesellschaft für friedliche Konfliktlösungen, gegenüber der Praxis der Politik der Gewalt. Nicht Schritte zum Krieg, sondern Schritte zur Einstellung des Krieges sollen gemacht werden. Kolumbien braucht eine Änderung in der Dynamik: Vom Krieg zum Frieden, von der Ungerechtigkeit zu Gerechtigkeit, von der sozialen Unausgeglichenheit zu mehr sozialer Gleichheit, vom Ausschluss zum Einschluss. Die politische Botschaft der Kundgebung vom 6. März bekräftigte die Idee eines Aufrufs zur Überwindung der Polarisierung. Hier müssten auch die Anstrengungen künftiger sozialer Mobilisierungen liegen.

Ein weiterer symbolischer Wert war der Ausdruck des Menschlichen. Das Würdigste und vielleicht Einheitlichste an den Kundgebungen vom 6. März war der Sinn für das Menschliche. Es war ein tiefer Sinn der zum Ausdruck kam, den anderen als jemand mir ähnlichen zu erkennen, mit dem ich eine Einheit bilde, wenn ich mir seiner Existenz bewusst bin. Viele Teilnehmende nahmen die Kunst als Mittel um ihren Schmerz, ihre Wut, ihre Müdigkeit und ihre Solidarität auszudrücken. Überall war in verschiedener Form ein Gefühl der Solidarität mit Millionen von KolumbianerInnen spürbar, mit Frauen, Kindern, Jugendlichen, Männern und Betagten, welche die Schläge der Gewalt erlitten haben, egal von wem diese ausgeübt wurde.

Ein weiterer symbolischer Wert liegt auch in der Sichtbarmachung der Opfer der Gewalt. Seit dem letzten Jahr haben die Opfer eine grösser Sichtbarkeit in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit erlangt. Die Prozesse im Rahmen des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden, der Marsch des Lehrers Moncayo, die Ermordung der elf Abgeordneten des Dep. Valle, die Bemühungen der französischen Regierung zur Freilassung von Ingrid Betancourt, etc. haben dazu beigetragen, dass langsam ein Bewusstsein der Probleme der Opfer entsteht. Die Kundgebungen vom 6. März haben die Präsenz der Opfer gestärkt und zwar nicht als passive, sondern aktive und organisierte Subjekte, welche ihre Rechte einfordern.

Dies ist für die Regierung ungemütlich, insbesondere im Rahmen der Verhandlungen um das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA (TLC), bei dem Menschenrechtsforderungen einen Abschluss bisher blockiert haben. Die Versuche von Regierungsvertretern, insbesondere des Präsidentenberater José Obdulio Gaviria, zur Verurteilung der Kundgebungen des 6. März liessen denn auch nicht auf sich warten. Nach den Kundgebungen vom 6. März kam es zu Drohungen und selbst zu Morden gegen Organisatoren der Kundgebung durch paramilitärische Gruppen. Wiederum sind wir Zeugen einer Politik, welche zur direkten Gewalt greift, um die Opposition zu stoppen oder zu annullieren. Diese Situation ist äusserst besorgniserregend und wenig geschickt von der Regierung, da sie aufmerksam von den oppositionellen Kreisen der USA und anderer Länder wie auch von Organisationen auf der ganzen Welt in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen beobachtet wird.

3. Frieden und Konflikt: Verabschiedet sich der ELN von den Gesprächen mit Präsident Uribe?

Am 11. Januar 08 schlug Präsident Chávez der venezolanischen Nationalversammlung vor, den kolumbianischen Guerillaorganisationen FARC und ELN den Status von kriegführenden Parteien zu geben. In einer öffentlichen Erklärung vom 20. Januar 08 nahm der ELN zu diesem Vorschlag Stellung. Die Nachricht wurde über ein Video an den Sender Telesur verbreitet, worin der ELN-Kommandant Nicolás Rodríguez Bautista die Erklärung verliest.

Von Luis Eduardo Celis, Berater der Korporation Nuevo Arco Iris

Die Begriffe der Erklärung des ELN verdienen eine eingehende Einschätzung. „Der ELN begrüsst den venezolanischen Vorschlag den kolumbianischen Guerillaorganisationen die Anerkennung als kriegführende Parteien zu verleihen und schickt sich an, diese Initiative umzusetzen. Wir hoffen, dass sich die internationale Gemeinschaft dieser Anstrengung für den Frieden in Kolumbien anschliesst“, heisst es in der Erklärung des ELN.

In Bezug auf den Aufruf an die internationale Gemeinschaft, die Idee der Anerkennung als kriegführende Partei zu unterstützen, kann bereits eine Bilanz gezogen werden. Nur der nicaraguanische Präsident Ortega zeigte Zustimmung zum Vorschlag von Chávez. Demgegenüber hat die Europäische Union betont, FARC und ELN würden solange auf der Liste der Terrororganisationen stehen bleiben, als sie nicht klare Anzeichen der Einhaltung des humanitären Völkerrechtes geben. Ecuador, Bolivien und Brasilien haben Vorsicht walten lassen und geschwiegen, ebenso Argentinien. Der Vorschlag wird allgemein für nicht angebracht gehalten.

In Kreisen der internationalen Gemeinschaft und bei politischen Beobachtern wird dies als ein gutes Moment für Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen ELN und der Regierung Uribe betrachtet. Es wird damit argumentiert, dass es „ein Fenster der politischen Opportunität“ gebe, da es zwischen Regierung und FARC eine Polarisierung gibt. Man glaubt, Uribe sei bereit eine wichtige Verhandlung über Inhalte mit dem ELN zu führen. Im Dezember hatte Uribe im privaten Kreis seine Bereitschaft geäußert, den Zusammenzug und die Identifizierung der ELN-Kämpfer nicht zu verlangen, sofern der ELN befriedigende Vorschläge zur Aushandlung eines Waffenstillstandes und der Unterzeichnung eines „Grundlagen-Abkommens“ unterbreite.

Aufgrund der Krise wegen des Entzugs des Verhandlungsmandats von Präsident Chávez hat der ELN keinerlei Kontakt mehr mit der kolumbianischen Regierung gehabt. Mit der Erklärung des ELN vom 20. Januar 08 stellt sich die Frage, ob der ELN den Entscheid getroffen hat, solange nicht an den Verhandlungstisch zurück zu kehren, als nicht Chávez wieder als Vermittler eingesetzt wird. Dies ist allerdings aufgrund der jüngsten Ereignisse kaum zu erwarten. Die Distanzierung zwischen Kolumbien und Venezuela ist derart gross, dass in Caracas davon gesprochen wird, dies könnte „das Chaos“ sein, welches Uribe im November 2007 gemeint haben könnte und welches ihm den Anlass geben würde, eine dritte Amtszeit ins Auge zu fassen.

Der ELN scheint eine Handlungsstrategie abgewogen zu haben. Es scheint alles darauf hinzuweisen, dass es eine stabile Allianz mit dem Präsidenten Chávez gibt und eine nicht formeller Allianz mit der FARC, sich vom Verhandlungsprozess mit der Regierung Uribe völlig fern zu halten. Es ist möglich, dass wir uns täuschen. Hoffentlich ist dies der Fall und der ELN nimmt seine Gespräche mit der Regierung Uribe in den kommenden Wochen wieder auf. Allerdings weisen alle Signale daraufhin, dass dies nicht der Fall sein wird. Im Moment scheint alles über Caracas zu laufen. Klar sind die dynamischen Szenarien, die sich jederzeit ändern können, doch ist kein günstiges politisches Klima und kein Akteur mit dem notwendigen politischen Gewicht in Sicht, der die Verhandlungen wieder in Schwung bringen könnte. Dazu kommt noch, dass wir bald in der Hälfte der Amtszeit von Uribe stehen und seine Popularität von über 80% ihm keinen Wechsel der Strategie nahe legt.

Der ELN muss sich bewusst sein, dass ein Rückzug vom Verhandlungstisch, an dem er explizit als bewaffnete politische Kraft anerkannt ist und wo grundlegende Themen debattiert werden sollen, auf nationaler und internationaler Ebene einen hohen Preis an Glaubwürdigkeit fordern würde. Zudem würde der Krieg gegen den ELN sicher verschärft werden und könnte zu einer weiteren Schwächung seiner Strukturen führen. Zudem könnte es zu einer Involvierung in den Drogenhandel kommen, wodurch der ELN zur Zielscheibe der US-Drogenbekämpfung werden würde. Ein weiteres schwieriges Thema ist der Aufbau eines breiten Konsens über die Punkte Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Die Linke betrachtet die Guerilla immer mehr als Stein im Schuh im Hinblick auf die Wahlen von 2010.

Falls der ELN sich vom Verhandlungstisch zurück zieht und nicht dafür optiert, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden, welche durch den Entzug des Verhandlungsmandats von Chávez entstanden sind, wird er eine historische Möglichkeit für Verhandlungen verlieren. Es kämen neue regionale Kriege und sicher gäbe es eine breite Unterstützung der militärischen Auslöschung der Guerilla. Die Stimmen, welche für Gespräche und eine Verhandlungslösung eintreten, würden empfindlich geschwächt. Jene, die schon immer sagten: „Ich hab es ja gewusst, der ELN geht an keinerlei Verhandlungen“, bekämen Recht. Alles weist darauf hin, dass es zu einem Abbruch kommt. Noch aber hoffen wir, uns zu täuschen.